



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG . 29 OLDENBURG . POSTFACH 943 . TEL.: 51064 . TELEX-NR. 25655 UNOL D . REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), KARIN WOLF . MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER . NACHDRUCK - AUCH NUR AUSZUGSWEISE - NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

28. Januar
3/77

Senat traf „Jahrhundertentscheidung“ für BIS Bremer System abgelehnt

Auf einer Sondersitzung hat sich der Senat für ein neues System der Bucherschließung im Bibliotheks- und Informationssystem (BIS) der Universität Oldenburg entschieden. Dieser als „Jahrhundertentscheidung“ gewertete Beschluß setzt einen Schlußstrich unter eine lang anhaltende Diskussion, in deren Mittelpunkt die vom Gründungsausschuß im November 1973 beschlossene Übernahme des „Katalogisierungssystems“ der Bremer Universitätsbibliothek gestanden hatte.

Dieses „Bremer System“ beinhaltet eine Freihandaufstellung aller Bücher in Zentralbibliothek (ZB) und Fachbereichsbibliotheken (FBB), geordnet nach 55 Fächern, die ihrerseits in jeweils ca. 2.200 einzelne Untergruppen („Systemstellen“) aufgesplittet sind. Die Reihenfolge der nach diesem System „eindeutig“ einer Systemstelle zugeordneten Bücher wird in einem dazugehörigen systematischen Katalog ausgewiesen.

Die Übernahme des Bremer Systems brachte für Oldenburg erhebliche organisatorische Schwierigkeiten. Während in Bremen 30 wissenschaftliche Referenten jeweils höchstens zwei „Bibliotheksfächer“ betreuen, die weitgehend ihrer wissenschaftlichen Qualifikation entsprechen, müssen sich in Oldenburg vier Referenten mit etwa 13 Fächern befassen. Hinzu kommt ein weiteres Problem: ein derart stark spezialisiertes System kann kaum den jeweiligen realen Entwicklungsstand der Wissenschaften widerspiegeln.

Sowohl von Seiten der Benutzer als auch der Mitarbeiter des BIS wurde daher schon seit längerer Zeit Kritik an diesem System geäußert, was schließlich im Frühjahr 1976 zu einem Senatsbeschluß führte, extensive Arbeiten nach diesem System zu stoppen. Die Bibliothekskommissionen der Fachbereiche (FB) sowie später eine aus Benutzern und Bibliotheksmitarbeitern gebildete Arbeitsgruppe des hierfür zuständigen BIS - (Senats)Ausschusses erarbeitete daraufhin eine Beschlußvorlage, der nun der Senat nach eingehender Diskussion und entsprechend der Voten der FB I, III und IV einstimmig zustimmte. Damit wurde zugleich der Antrag des Leiters des BIS, Hermann Havekost, zurückgewiesen, der unter Hinweis auf den Beschluß des

Gründungs-ausschusses sowie auf die nach seiner Meinung entstehende personelle und sachliche Kostenmehrbelastung gegen eine Abkehr vom Bremer System plädierte.

Entsprechend diesem Senatsbeschluß werden durch Zusammenfassung einiger jetzt bestehender etwa 30-35 Fachgruppen gebildet, die sich weitgehend an Fachwissenschaften bzw. Studiengängen orientieren. Diese Fachgruppen werden in der ZB in alphabetischer Folge aufgestellt, wobei die einer Fachgruppe zugeordneten Bücher in der Reihenfolge ihres Eingangs durchnummeriert werden (numerus currens). In den FBBen geschieht die Aufstellung nach denselben Fachgruppen, die jedoch nach den Bedürfnissen der jeweiligen FB in bis zu 20 weitere Systemstellen untergliedert werden, wie es in den FBBen II und IV bereits gehandhabt wird. Diese weitere Untergliederung sowie die sich hieraus ergebenden Abgrenzungs- und Zuordnungsprobleme werden von den Leitern der FBBen in Zusammenarbeit mit den Fachwissenschaftlern aus den FBen geklärt. Zur systematischen Erschließung des derart geordneten Buchbestandes wird ein Schlagwortkatalog zu erstellen sein, der die Buchtitel nach bestimmten Begriffsinhalten ordnet und so dem Benutzer die Suche nach der benötigten Literatur erleichtert. jb

Vorlesungsverzeichnis

Vorläufige Auszüge des Veranstaltungsverzeichnisses für das kommende SS werden ab Mittwoch, den 9.2.1977 im Hauptflur (vor dem Kiosk) ausgehängt. Das Veranstaltungsverzeichnis erscheint in der zweiten Märzwoche.

Gesetzentwurf für ELAB

Keine gesetzliche Absicherung werden wahrscheinlich die Kontaktlehrer erfahren. Der Referentenentwurf für ein „Gesetz zur vorläufigen Regelung der Einphasigen Lehrerausbildung und eines öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses“ erwähnt die Kontaktlehrer zumindest mit keinem Wort. Die Gemeinsame Kommission für Lehrerausbildung, die in nächster Zeit eine Stellungnahme für den Ende Januar zugesandten Entwurf erarbeitet, wird sich auch u.a. mit der in der Vorlage vorgesehenen Festschreibung der Regelstudienzeit und der starren Festlegung der Studienabschnitte befassen müssen.

Wahlen 77

Noch bis Ende der Woche können für die parallel stattfindenden Wahlen zum Studentenparlament und zu den Gremien die Stimmen abgegeben werden. Für die Gremienwahlen stehen Urnen in der Aula, für die zum Studentenparlament vor der Aula, in der Mensa, im AVZ u.VG bereit.

Fachhochschulmensa

Die neue Mensa der Fachhochschule an der Ofener Straße, die am Montag, den 31. Januar, ohne besonderes Zeremoniell eröffnet wird, kann auch von Angehörigen der Universität benutzt werden. Die Mensa bietet 200 Personen Platz.

Wie das Studentenwerk dazu mitteilte, wird in der Fachhochschulmensa das gleiche Essen (Stamm- und Wahlessen) zum gleichen Preis angeboten. Allerdings gelten andere Essenmarken, die in Zukunft bei entsprechender Nachfrage auch am Pavillion in der Universität verkauft werden sollen.

Während der Vorlesungszeit wird die Mensa, die auch als Cafeteria dient, ganztägig geöffnet sein. Zunächst jedoch gelten folgende Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag: 9 bis 15 Uhr. Freitag: 9 bis 14 Uhr. Essenausgabe: Täglich von 13.30 bis 14.30 Uhr.

Neue KapVO läßt keine Differenzierungen zu

Für die Berechnungen der Ausbildungskapazitäten zum Wintersemester 1977/78 gilt ein neues Verfahren. Die Bundesländer haben sich im Verwaltungsausschuß der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) hierzu auf eine neue Kapazitätsverordnung (KapVO) geeinigt. Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Gleichmäßigkeit der Belastung der Hochschulen wird nicht mehr, wie bisher, durch ein einheitliches methodisches Vorgehen bei der Kapazitätsermittlung angestrebt, sondern durch die Anwendung bundeseinheitlicher Maßzahlen, den sogenannten Curricularrichtwerten (CRW). Der CRW drückt das Maß der Belastung aus, die ein Student im Laufe seines Studiums in den Lehrheiten auslöst, in denen er Lehrveranstaltungen nachfragt.

Die CRW bestimmen einheitlich für alle Hochschulen die kapazitätsmäßige Auslastung je Student. Eine detaillierte Beschreibung und Normierung des Studienbetriebes entfällt. Die aufzunehmende Zahl an Studenten hängt somit nur noch vom vorhandenen Lehrpersonal bzw. dem möglichen Lehrangebot ab. Den Hochschulen verbleibt die "Freiheit", innerhalb der Richtwerte den Studienbetrieb zu organisieren. Die novellierte KapVO verlangt von den Hochschulen folgerichtig den Nachweis, wie sie den Richtwert ausschöpfen.

Der Bericht der Hochschulen (§ 4 Abs. 1) über die Ausfüllung der CRW durch das Lehrveranstaltungsangebot der Lehrheiten erfolgt nach der nur geringfügig veränderten Formel der bisherigen KapVO. Der Bericht hat die Funktion einer bloßen Rechtfertigung der vorgeschriebenen CRW; die Möglichkeit, daß in einem Studiengang der CRW nicht ausgeschöpft wird, dürfte selten und ganz gewiß nicht durch die Berechnungen nachweisbar sein. Die ver-

ordneten CRW sind für die Studiengänge der Universität Oldenburg wahrscheinlich zu niedrig, als daß sie den effektiven Betreuungsaufwand widerspiegeln könnten.

Das Berechnungsverfahren wird faktisch darauf hinauslaufen, den CRW auf die beteiligten Lehrheiten (die Lehrheit, der der Studiengang zugeordnet ist, und die Lehrheiten, die Dienstleistungen erbringen) und bei diesen wiederum auf die Lehrveranstaltungsarten aufzuteilen. Da die Gruppengrößen nicht mehr wie bisher vorgegeben sind, kann die Hochschule bei der Ausfüllung des CRW wählen zwischen vielen Lehrveranstaltungen mit großer Gruppengröße und wenigen Lehrveranstaltungen mit kleiner Gruppengröße.

Das Berechnungsergebnis kann von den Hochschulen nach § 14 überprüft werden. Dort sind zehn Einflußfaktoren aufgezählt, die sich gfs. erhöhend

oder vermindern auf das Ergebnis auswirken können (z.B. Schwundquote). In begründeten Fällen kann zur Feststellung der Zulassungszahl das Berechnungsergebnis entsprechend modifiziert werden.

Sofern in der Anlage 3 der KapVO für einen Studiengang an einer Hochschule kein CRW aufgeführt ist, legt der Minister für Wissenschaft und Kunst in "Benennen mit der Hochschule" einen CRW fest (§ 13 Abs. 3). In der Universität Oldenburg gilt dies für alle Studiengänge der Einphasigen Lehrerbildung. Auf der Grundlage der Modellberechnungen, die im November/Dezember 1976 in Lehramtsstudiengängen durchgeführt worden sind, werden zur Zeit im Auftrag des Senats Vorschläge für die Entscheidung des Ministers erarbeitet.

Allgemein gilt bei einem Lehramtsstudiengang, der ja stets Teil einer Studiengangskombination ist, daß der CRW als Anteil eines in der Anlage 3 der KapVO aufgeführten CRW für einen Studiengang mit derselben Fachrichtung und mit vergleichbarer Ausbildungsstruktur ausgedrückt wird. Die in der Anlage 3 genannten Studiengänge sind sogenannte Vollstudiengänge, deren CRW den Betreuungsaufwand für einen Studenten bei ausschließlichem Studium dieses Studienganges wiedergeben (§ 13 Abs. 2).

Erstmalig regelt die KapVO die Ersatzvornahme durch den Minister für Wissenschaft und Kunst für den Fall, in dem die Hochschule keinen oder nur einen unvollständigen Bericht oder den Bericht verspätet vorlegt (§ 4 Abs. 2).

Trude Kreutzmann

Gegner von Atomkraftwerken neuer Wissenschaftsminister

Als "Albrechts Alibi für die Atomdebatte" hat die "Süddeutsche Zeitung" Niedersachsens designierten Wissenschaftsminister, Professor Dr. Eduard Pestel, bezeichnet, der voraussichtlich Mitte Februar vor dem Landtag in Hannover vereidigt wird. Pestel, Lehrstuhlinhaber für Mechanik an der Technischen Universität Hannover und Vizepräsident der deutschen Forschungsgemeinschaft, gilt als Gegner von Atomkraftwerken, was ihn schon bald vor erhebliche Probleme mit seinen künftigen Kollegen auf der Regierungsbank stellen kann.

Die Regierung Albrecht soll sich demnächst mit der Entscheidung über den Standort einer Mülldeponie befassen, denn - so Bundeswissenschaftsminister Matthöfer kürzlich in einem NDR-Interview - "Ministerpräsident Albrecht steht im Wort". Folgt man Pestels Ausführungen sowohl vor dem Wirtschaftsausschuß des Niedersächsischen Landtages als auch in dem 2. Bericht an den Club of Rome, der ihn weltweit bekanntmachte, könnte Pestel eine posi-

tive Entscheidung kaum mittragen. Denn in diesem Bericht mit dem Titel "Menschheit am Wendepunkt", den er gemeinsam mit dem amerikanischen Wissenschaftler Mihailo Mesarovic verfaßte, schreibt er: "Geradezu absurd ist die Tatsache, daß diese Entscheidung (Bau von Kernenergieanlagen, die Red.) fast unbemerkt getroffen wird, ja vielleicht schon getroffen wurde. Auf diese Weise werden andere Möglichkeiten von vornherein ausgeschlossen...". Pestel selbst setzt sich dafür ein, kurzfristig Erdöl als Hauptenergieträger zu benutzen, mittelfristig die großen Kohlereserven auszuschöpfen und langfristig auf Sonnenenergie umzuschalten, was bei entsprechender Forcierung der Forschung auf diesem Gebiet möglich sei. Er vertritt in diesem Zusammenhang nachdrücklich die Auffassung, daß eine Beibehaltung des wild wuchernden Wirtschaftswachstums im bisherigen Umfang, von der "nuklearen Mafia" (so der Präsident des Club of Rome über die Befürworter von Atomkraftwerken) gern als Notwendigkeit zur Erhaltung von Arbeits-

plätzen dargestellt, zu unvorstellbaren Katastrophen und zum Exodus führen müsse. Pestel, 1914 in Hildesheim geboren, studierte zunächst nach dem Abitur Bauwesen an der dortigen Fachhochschule, 1935 wechselte er das Studium und widmete sich an der Technischen Hochschule Hannover der Mechanik. Bereits mit 24 Jahren ging er kurz vor Kriegsausbruch als Austauschstudent in die USA. Die Kriegsjahre verbrachte er in Japan als Chefingenieur und technischer Direktor eines Maschinenkonzerns. 1947 kehrte er an die Technische Hochschule Hannover zurück, wo er sich 1950 habilitierte und drei Jahre später zum außerordentlichen Professor ernannt wurde. 1957 übernahm Pestel als Lehrstuhlinhaber das Institut für Mechanik. Ein Jahr nach seiner Berufung in den Senat und Hauptausschuß der deutschen Forschungsgemeinschaft trat er auch 1966 dem Wissenschaftsausschuß der NATO bei. Seit 1969 ist der Wissenschaftler einziges deutsches Mitglied im Exekutivsausschuß des Club of Rome. gh

Keine Sonderregelungen für Universität Oldenburg

Für die Universitäten Oldenburg und Osnabrück wird es keinen besonderen Sprachenerlaß geben. Die Regelungen, die für die anderen Universitäten in Niedersachsen gelten, werden voraussichtlich zum Sommersemester 1977 für die Studenten der beiden neugegründeten Hochschulen verbindlich gemacht. Das erklärte in der vergangenen Woche Ministerialrat Dr. Kronshage als Vertreter des Wissenschaftsministeriums in Oldenburg. Auf die heftige Kritik von Studenten, der zu erwartende Sprachenerlaß würde besonders diejenigen benachteiligen, die über den zweiten Bildungsweg die Hochschulreife erlangen, meinte Kronshage, dies sei kein spezifisches Oldenburger Problem. Auch an den anderen Hochschulen studierten - wenn auch nicht in der Zahl - Kommilitonen, die die Z-Prüfung abgelegt hätten, und in gleicher Weise betroffen seien. Zur inhaltlichen Notwendigkeit des Sprachenerlasses in der vorliegenden Form mochte Kronshage nicht Stellung nehmen. Er erklärte lediglich, daß eine Revidierung nur auf Initiative der Hochschulen insgesamt möglich sei.

Das allerdings ist nicht zu erwarten.

Verbindlich wird der Sprachenerlaß nur für die Studenten sein, die sich ab Sommersemester 77 immatrikulieren und sich für die Lehrämter in den Sekundarstufenbereich I und II entscheiden. Sie werden, wenn sie zum Examen zugelassen werden wollen, folgende Sprachkenntnisse vorweisen müssen:

- für die Fächer Deutsch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch zwei Fremdsprachen.
- für das Fach Geschichte eine Fremdsprache und das Kleine Latein
- für das Fach Religion das Kleine Latein und ein fachgebundenes Graecum.

In jedem Fall werden hinreichende Englischkenntnisse vorausgesetzt.

Wie Studenten diese Kenntnisse erwerben sollen, ist noch völlig unklar. Denn die Universität Oldenburg verfügt nicht wie zum Beispiel die Universität Göttingen über Lehrkräfte, die allein mit der Erteilung von Fremdsprachenunterricht betraut sind. Und Stellen, so mußte auch Kronshage einräumen, stehen in absehbarer Zeit nicht in Aussicht.

So wird die Universität gar nicht erfüllen können, was ihr auferlegt ist: Allen Studenten die Möglichkeit geben, während ihres Studiums die fehlenden Sprachkenntnisse nach-

zuholen. Allenfalls auf Kosten des Tutorenprogrammes könnten einige Sprachkurse angeboten werden. Aus dem Topf "Tutoren und wissenschaftliche Hilfskräfte" dürfen auch nebenamtliche Hilfskräfte finanziert werden - zum Beispiel für die Erteilung von Sprachenunterricht. gh

Holländer informierten sich über Berufsverbote

Die Besorgnis über die sich verschärfende Berufsverbotspraxis in der BRD sei für die Partij van de Arbeid (PvdA) ein Anlaß gewesen, ein "Nationales Komitee gegen die Berufsverbote in der BRD" zu gründen, erklärte Dr. Max van den Berg, stellvertretender Bürgermeister der Stadt Groningen und Mitglied des Präsidiums der PvdA, anläßlich eines Informationsbesuchs in Oldenburg.

Van den Berg war Mitglied einer niederländischen Delegation, die sich in der letzten Woche auf Einladung des Oldenburger "Aktionskomitees gegen die Berufsverbote" in Oldenburg über die Berufsverbotspraxis informierte. Die Delegation setzte sich aus Vertretern der PvdA und Mitgliedern der Jugend- und Frauenorganisation der PvdA zusammen.

Das niederländische "Nationale Komitee gegen die Berufsverbote" beabsichtige, die Bürger in den Niederlanden über die Berufsverbotspraxis zu informieren sowie die Solidarität mit den Betroffenen zu organisieren, erklärte van den Berg. Die breite Bewegung in den Niederlanden gegen die Berufsverbote zeige sich auch im Groninger Regionalkomitee, das von allen Parteien, von liberal-konservativen bis zu christlichen Gruppierungen getragen werde.

Dieses Komitee organisierte am 22. Januar in Groningen eine Veranstaltung gegen die Berufsverbote, an der auch die Oldenburger Moritz Herrmann und Joachim Tautz als Betroffene teilnahmen. Als ein Ausdruck der Ablehnung

der Berufsverbotspraxis wurde von dieser Versammlung ein Protesttelegramm an Bundeskanzler Helmut Schmidt geschickt, das von 450 Teilnehmern unterzeichnet wurde.

Darüber hinaus übernahm das Groninger Regionalkomitee als konkrete Solidarität eine Patenschaft für die abgelehnten Lehramtsbewerber Margret und Joachim Tautz.

Unterschriften gegen die Berufsverbote werden zur Zeit in Groningen gesammelt, die am 5. Februar von Professor Nauter dem Oldenburger Aktionskomitee überbracht werden sollen.

Anläßlich des 5. Jahrestages der MPK-Beschlüsse am 28. Januar, erklärten Vertreter des Oldenburger Aktionskomitees gegen die Berufsverbote, ist beabsichtigt, die Bevölkerung in der Innenstadt durch Infostände auf die Überprüfungspraxis für Bewerber des öffentlichen Dienstes hinzuweisen und auf die zentrale Demonstration gegen die Berufsverbote, die am 12. Februar in Hamburg mit Beteiligung internationaler Gäste stattfindet, zu verweisen. gp

Herbart-Publikation

Die im Frühjahr vergangenen Jahres von der Universität, der Stadt Oldenburg und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft veranstalteten "Herbart-Tage" anläßlich des 200. Geburtstages des in Oldenburg gebürtigen Pädagogen haben nun auch in einer Publikation ihren Niederschlag gefunden. Der von den Hochschullehrern Friedrich W. Busch und Hans-Dietrich Raapke herausgegebene Sammelband mit dem Titel "Johann-Friedrich Herbart - Leben und Werk in den Widersprüchen seiner Zeit" enthält neun Aufsätze, die sich mit Herbarts Werk und dessen Einfluß auf die heutige Pädagogik befassen. Herbart, 1776 in Oldenburg und Kant-Nachfolger auf dem Lehrstuhl für Philosophie an der Universität Königsberg, galt für Jahrzehnte als Wegbereiter der allgemeinen pädagogischen Systematik und der Lehre vom Unterricht. 1841 starb er in Göttingen, wo er nach seinem Königsberger Aufenthalt lehrte. Der Sammelband ist im Heinz Holzberg-Verlag erschienen.

3. Studienabschnitt

Am Mittwoch, dem 2. Februar, tagt im VG 301 von 18-20 Uhr die Arbeitsgruppe 3. Studienabschnitt zum letzten Mal in diesem Semester. Alle Lehramtsstudenten des 7. Semesters sollten daran teilnehmen.

Kooperation mit IHK

Wie im uni-info 28/76 gemeldet wurde, werden zwischen der Universität und der Industrie- und Handelskammer (IHK) sowie dem Arbeitgeberverband Verhandlungen über Vereinbarungen zur Durchführung von Betriebserkundungen geführt. Ein Formulierungsvorschlag für eine abzuschließende Vereinbarung wurde dem Senat vom Rektorat vorgelegt und wird jetzt in den betroffenen Fachbereichen diskutiert. In den Entscheidungsgremien der IHK wird er gleichfalls beraten. Der Fachbereichsrat III begrüßt grundsätzlich die eingeleiteten Verhandlungen, äußert aber Bedenken gegen zu detaillierte Bestimmungen und insbesondere gegen die Regelungen des Veröffentlichungsrechts. Die IHK will über eine Erhebung unter ihren Mitgliedsfirmen feststellen, welche von ihnen ggf. für Erkundungen zur Verfügung stehen würden. Für das laufende Semester und für die kommende Praxisphase stehen die Ergebnisse dieser Umfrage jedoch noch nicht zur Verfügung, so daß die interessierten Projekte vorläufig weiterhin auf Eigeninitiative verwiesen sind. Wenn man nicht weiß, welche Betriebe man erkunden möchte, besteht die Möglichkeit, sich bei der IHK (Dr. König) beraten zu lassen, welche Betriebe für die jeweilige Fragestellung (technologische Arbeitsabläufe, Arbeitsschutz usw.) in Frage kommen könnten.

Wir bitten alle Projekte, die in diesem Semester bzw. in der bevorstehenden Praxisphase Erkundungen durchführen, die Betriebserkundungs-Beratungsstelle beim Zentrum für pädagogische Berufspraxis (ZpB) - Dräger, Fichten, Kriszio - darüber zu informieren, und dort den Erhebungsbogen anzufordern und auszufüllen, der zum Aufbau einer universitätsinternen Kartei beitragen soll, welche als Erstinformation allen Interessenten zur Verfügung steht. Projekte, die bisher noch keinerlei Kontakte zu Betrieben hatte, sollten

sich vorher bei der Erkundungsstelle im ZpB beraten und informieren lassen (z.B. Informationsblatt über die IHK), um vermeidbare Schwierigkeiten und Konflikte nicht entstehen zu lassen. mk

Studenten gegen NHG

Ca. 8.000 Studenten, darunter mehr als 450 aus Oldenburg, protestierten am 26. Januar in Hannover gegen die bevorstehende Verabschiedung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) und die angekündigte Bafög-Erhöhung. Zuvor war während der vom SHB vorgeschlagenen und von der Vollversammlung beschlossenen gesamtuniversitären Aktionstage in den Seminaren und Projekten über das NHG und dessen Auswirkungen auf das Oldenburger Reformmodell diskutiert worden. Als Grundlage dieser Diskussion diente eine Synopse, in der die vorliegenden Gesetzentwürfe, die DGB-Forderungen und die Grundordnung gegenübergestellt sind. Um das weitere Vorgehen gegen das NHG und die geplante Erhöhung des Bafög zu diskutieren, wollen sich die Studenten erneut am Montag, den 31. Januar um 10 Uhr in der Aula treffen. gp

Materialien P3

Der bereits angekündigte Bericht des Projektes "Elternhaus und Schule" liegt nun in der vom ZpB herausgegebenen Reihe "Materialien - Berichte aus den Projekten" als P 3 vor.

In dem Heft wird das Verhältnis von Elternhaus und Schule als Gegenstand projektorientierter Lehrerbildung eingehend dargestellt. Vor allem werden aufgrund der Untersuchung erarbeitete Konzeptionen für eine verbesserte Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule vorgestellt und mit ihren ersten Erprobungserfahrungen mitgeteilt. Das Heft kann an den Büchertischen in der Universität erworben werden.

Personalnotizen

PROFESSOR SCHAPOUR RAVASANI, Ökonom im Fachbereich III, hielt am 28. Januar 1977 auf Einladung der amnesty international in Hamburg ein Referat zum Thema "Iran unter der Herrschaft des ausländischen Kapitals".

PROFESSOR HERMANN HELMERS hielt im Winterhalbjahr auf Einladung des österreichischen Unterrichtsministeriums beim gesamtösterreichischen Germanistentag in Graz, auf Einladung des Goethe-Instituts in Paris und auf Einladung des Vereins Schweizerischer Deutschlehrer (Zürich) anlässlich der Einrichtung einer Kommission zum Studium der Reform der Sekundarstufe II Referate in seinem Fachgebiet.

JOHANNES PETRICH, Absolvent der Universität Oldenburg und DKP-Mitglied, darf nicht unterrichten. Nach fast dreijähriger Wartezeit verwarf das Verwaltungsgericht Oldenburg Petrichs Klage auf Einstellung in den Schuldienst. Begründung: Petrichs DKP-Mitgliedschaft.

Freizeitsport

Im Sommersemester stehen in der Sporthalle noch einige Zeiten zur Verfügung, die an Sportgruppen vergeben werden können. Die Anmeldungen sind an Christian Wopp, Zentrum für Freizeitsport, Tel. 329 zu richten.

Ausschreibungen

FACHBEREICH II, mehrere Tutoren- und wissenschaftliche Hilfskraftstellen in den Fächern Anglistik, Bildende Kunst/Visuelle Kommunikation, Germanistik, Musik/Auditive Kommunikation, Russisch. Auch gegenwärtig tätige Tutoren und wissenschaftliche Hilfskräfte können sich erneut bewerben. Bewerbungen: Ab sofort bis zum 14. Februar an die Geschäftsstelle des Fachbereichs II.

FACHBEREICH III. Tutorenstellen. Schriftliche Bewerbungen für Tutorenstellen sind bis zum 2. Februar 1977 an die Geschäftsstelle des Fachbereichs III (VG 107) zu richten.

FACHBEREICH IV. Tutorenstellen (voraussichtlich 15) Schriftliche Bewerbungen bis zum 4. Februar an die Geschäftsstelle des Fachbereichs IV. Näheres siehe Anschläge.

RECHENZENTRUM, sechs Stellen für wissenschaftliche Hilfskräfte für das Sommersemester 1977. Voraussetzungen: Eine höhere Programmiersprache (Fortran, Algol, PL/1) Kommandosprache des TR 440. Interessenten können sich bis zum 10. Februar 1977 im Geschäftszimmer des Rechenzentrums (AVZ 3-202) melden.

Veranstaltungen und Termine

DONNERSTAG, 3.2.77, 9-19 Uhr, D 103 (Konferenzzimmer). Anhörungen "Sonderpädagogik unter besonderer Berücksichtigung der Probleme Geistigbehinderter". Professor Wilhelm Kosse (Mainz), Professor Theodor Hofmann (Köln), 11.15-18 Uhr Pause, Professor Heinz Mühl (Mainz).

MONTAG, 7.2.77, 9-11 Uhr, D 103, Anhörungen "Psychologie mit dem Schwerpunkt Experimentalpsychologische Ausbildung". Dieter Aulich (Olsberg), Kurt Dünser (Hard.).

AB FREITAG, 4.2.77, täglich 17.30 u. 20.30 Uhr, sonntags 15 Uhr, Studio "Z", Friedhofsweg 15. Erstaufführung "Vera Romeyke ist nicht tragbar". Film gegen den Radikalerlaß unter der Regie von Max Wilutzki.

Die Anhörungen für die Stelle "Biologie mit dem Schwerpunkt Zoologie", die, wie im uni-info 2/77 berichtet, am 31. Januar 1977 stattfinden sollten, finden im gleichen Raum und zur gleichen Zeit am 7.2.1977 statt.